

Der Transplantationsbeauftragte einer großen deutschen Klinik vergleicht sich mit einem Geier. Eigentlich, sagt der erfahrene Mediziner, müsste er wie ein Geier über der Intensivstation kreisen und nach Organen Ausschau halten. Das sei nun einmal der Job des Transplantationsbeauftragten: Jeder Arzt ist der Anwalt seiner Patienten. Und die Patienten des Transplantationsbeauftragten sind nicht die, die auf der Intensivstation seines Krankenhauses sterben. Sondern jene, die sterben werden, wenn sie nicht bald ein Organ bekommen. Das ist eine unangenehme Vorstellung für viele Menschen, die gerade nicht auf eine Niere, eine Leber, ein Herz oder eine Lunge warten. Sie möchten beim Sterben, wenn überhaupt, nur Ärzte um sich haben, die ihre eigenen Anwälte sind. Keine Geier. Sondern lieber Engel in Weiß.

Das wollen Politiker und Ärzte ihnen austreiben, damit Organspende etwas Normales, Positives wird. Der Grund ist, dass es in Deutschland immer weniger Organspenden gibt. Im vergangenen Jahr wurden nur knapp achthundert Spendern insgesamt knapp 2600 Organe entnommen. Aber auf den Wartelisten stehen zehntausend Kranke, manche seit vielen Jahren. Also hat Gesundheitsminister Jens Spahn von der CDU vorgeschlagen, dass jeder Deutsche grundsätzlich Spender sein soll, falls das bei seinem Tod medizinisch in Frage kommt. Wer nicht will, dass der Staat auf seinen Körper zugreift, soll nach Meinung des Ministers ausdrücklich nein sagen. Spahn hat hier einen alten Vorschlag aufgegriffen: die sogenannte Widerspruchslösung. In den siebziger Jahren scheiterte ein entsprechender Gesetzentwurf des Bundesjustizministeriums im Bundesrat. Auch als das Transplantationsgesetz 2012 neu geregelt wurde, setzten sich mehrere Länder und Abgeordnete dafür ein.

Für Spahn wäre diese Lösung nicht Zwang, sondern „eine Pflicht zu aktivem Freiheitsgebrauch“. Außerdem könnten Angehörige eine Spende verhindern, sobald eine Klinik sie vorschlägt: also eine doppelte Widerspruchslösung. Spahn träumt schon laut von einer Sternstunde im Parlament. Er wünscht sich, dass der Bundestag ohne Fraktionszwang über diese Frage von Leib, Leben und Tod debattiert. Für einen entsprechenden Gesetzentwurf bietet er den Abgeordneten gleichzeitig die fachliche Hilfe seines Ministeriums an. Geschickt gemacht.

Was würde sich ändern? Ein Patient kommt mit einem schweren Hirnschaden in die Klinik, einer Hirnblutung oder einem Schlaganfall. Wird den Ärzten auf der Intensivstation klar, dass er nicht mehr zu retten ist, weil das Gehirn ausfällt, dürfen sie ihn nicht mehr behandeln und lassen ihn sterben. Sie schalten die Beatmungsgeräte ab. Es sei denn, der Patient ist Organspender. Das kann bisher ein Organspendeausweis zeigen (mehr als ein Drittel der Deutschen hat einen) oder eine Patientenverfügung. Beides ist auf der Intensivstation nur im Ausnahmefall greifbar. Angehörige müssen die Dokumente mitbringen oder entscheiden, dass es im Sinne des Patienten sei, die Organe zu spenden. Nur dann werden die anderen Organe am Leben erhalten. Ist der Kreislauf schlecht, bekommt der Organspender außerdem Flüssigkeit und Medikamente, manchmal Hormone wie Cortison.

Wäre nun jeder dieser akut Schwerkranken – nach Angaben der Bundesärztekammer geht es um ein paar tausend Fälle im Jahr – ein potentieller Spender, würde es selbstverständlich, den Stoffwechsel innerhalb der Organe aufrechtzuerhalten und auch die Beatmungsgeräte länger laufen zu lassen. Das schadet den Patienten nicht, sagen Mediziner. Im Ge-

Heute nur schlechte Lungen im Angebot

Weil in Deutschland so wenige Organe entnommen werden, sollen wir alle als Spender zur Verfügung stehen. Sagt Jens Spahn. Was würde sich dadurch ändern? Von Florentine Fritzen

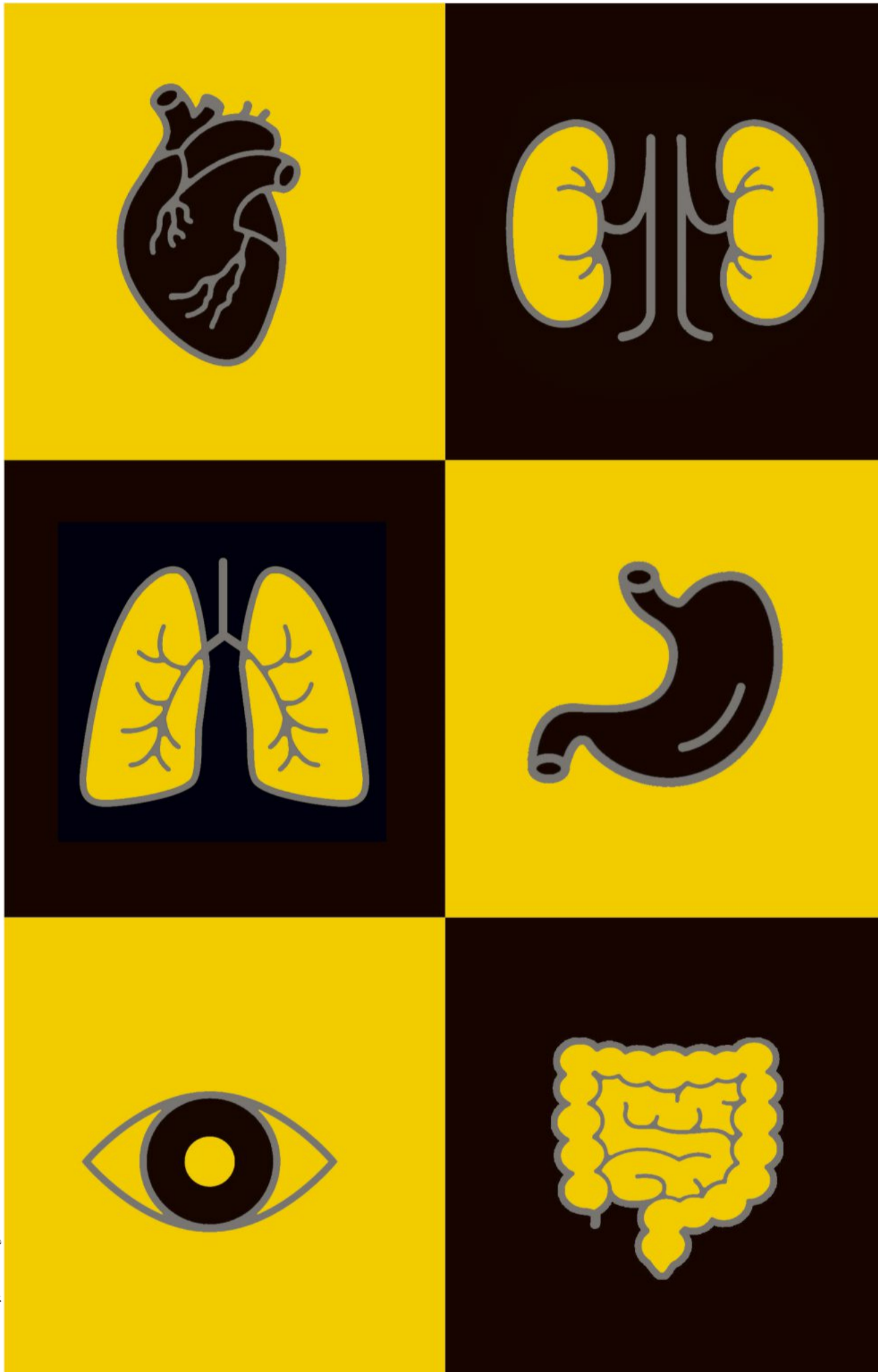


Illustration: Getty, Bearbeitung: F.A.S.

genteil, sie würden doch optimal versorgt bis zum Schluss und sogar darüber hinaus. Dann nützt es ihnen aber auch nicht mehr. Sondern anderen Patienten, die ihre Organe bekommen werden. Eine gute Tat, wenn jemand ausdrücklich erklärt hat, dass er über den Tod hinaus anderen etwas geben will. Anders wäre das, wenn es selbstverständlich geschähe, weil einer nicht widersprochen hat. Schweigen, sagt Frank Ulrich Montgomery, der Präsident der Bundesärztekammer, gelte bisher nirgendwo im deutschen Recht als Zustimmung. In der Medizin müssen Patienten schon für das sekundenschnelle Entfernen eines Leberflecks aufgeklärt werden und anschließend schriftlich einwilligen. Würde Organspende zum Normalfall, geschähe „der größtmögliche Eingriff, nämlich ein Organ zu entnehmen, ohne ausdrückliche Einwilligung“ des Patienten.

Montgomery sagt, darüber müssten die Rechtsphilosophen sich Gedanken machen, und er sei keiner. Als Mediziner findet er die Widerspruchslösung gut. Weil sie für Ärzte klar und konfliktfrei wäre: In einem nationalen Widerspruchsregister könnten Ärzte bei Hirntod-Patienten nachsehen, ob sich einer der Organspende entzieht. Bernhard Banas, der Präsident der Deutschen Transplantationsgesellschaft, versichert: „Ein solches Register würde den Patienten schützen. Damit jemand Spender werden kann, muss man den maximal gut versorgen. Erst beim Hirntod würde festgestellt, ob jemand widersprochen hat.“ Daran könne niemand schrauben: „Die Hirntoddiagnostik ist in Deutschland so streng wie sonst nirgendwo.“

Wenn schwer Hirngeschädigte grundsätzlich Spender wären, bekäme die Deutsche Stiftung Organtransplantation bald mehr Anrufe. Die Verwaltung sitzt am Deutscherhaufer in Frankfurt mit Blick auf den Main und die Europäische Zentralbank auf der anderen Flussseite. Ihre Regionalbüros sind rund um die Uhr erreichbar und vernetzen die Entnahmekrankenhäuser mit der internationalen Wartelisten-Stiftung Eurotransplant, damit die Organe zum Empfänger kommen. Der Medizinische Vorstand der Stiftung Axel Rahmel hat viele Ordner mit Faktenblättern und Statistiken zur Hand. Er tippt auf ein Papier, das zeigt: In Österreich haben weniger als ein Prozent widersprochen. Für Deutschland erhofft er sich Ähnliches. Die Umkehr der Verhältnisse – kein aktives Ja mehr nötig, nur ein im Register hinterlegtes Nein – würde dazu führen, „dass in Krankenhäusern das Denken an die Organspende geradezu herausgefordert“ würde.

Das passt zu einem zweiten Vorstoß Spahns, den er wenige Tage vor dem Widerspruchsvorschlag gemacht hat: Ein Gesetzentwurf aus seinem Haus soll dafür sorgen, dass es in den Krankenhäusern mehr Organspenden gibt. Denn da rutscht nach Ansicht aller Fachleute zurzeit viel zu viel durch. Die Transplantationsbeauftragten können sich nämlich gar nicht wie gute Geier betätigen, weil sie das Amt nebenbei machen, neben ihrem normalen Beruf als Facharzt in der Klinik. In der Woche, sagt einer, komme er im Schnitt vielleicht auf ein, zwei Stunden, viel davon Verwaltungskram. Auch in großen Kliniken lässt sich die Zahl der Organspenden im Jahr an einer Hand abzählen. Deshalb sollen die Transplantationsbeauftragten jetzt für ihre Tätigkeit besser freigestellt werden. Sie sollen freien Zugang zu Intensivstationen bekommen, um potentielle Spender zu entdecken, und immer selbstverständlich einbezogen werden, wenn ein möglicher Spender stirbt. Manche Krankenhäuser von der Liste der mehr als 1200 Entnahmekrankenhäuser, darunter auch viele kleine Kliniken, bieten nach Angaben von Insidern nie Organe an.

Weil keine Zeit ist – und es sich nicht auszahlt. Deshalb will Spahn außerdem die Organspende besser vergüten. Manche Mediziner finden das bedenklich, weil die Organspende in den Ruch kommt, dass ein Krankenhaus damit Geld verdient. Ein Intensivmediziner sagt: „Dann könnte ein Angehöriger denken: Hat das Krankenhaus dann auch wirklich alles dafür getan, dass meine Frau überlebt?“

Mit dieser Frage müssen sich zwei Professoren, die beide Mayer heißen, nicht auseinandersetzen. Ihre Patienten sind jene, die auf ein Organ warten. Konstantin Mayer ist Internist in Gießen, Eckhard Mayer Chirurg in Bad Nauheim. Beide gehören zum hessischen Lungentransplantationszentrum und arbeiten bei Transplantationen eng zusammen; im Jahr verpflanzen sie ungefähr 15 Lungen. Der Internist bekommt den Anruf von Eurotransplant, dass eine Lunge im Angebot ist, die angesichts von Körpergröße und Blutgruppe des Spenders womöglich zu einem seiner Patienten passt. Dann entscheiden drei Fachärzte gemeinsam, ob sie das Angebot annehmen. Wenn ja, fliegt das Team des Chirurgen hin und holt die Spenderlunge ab. Im Operationsaal trifft es auf andere Teams. Die entnehmen Herz, Darm, Leber, Nieren.

Eine Lunge rauszuholen dauert ungefähr eine Stunde. Dann Rückflug, der Brustkorb des Patienten ist schon offen. Das Einsetzen dauert drei bis fünf Stunden, je nachdem, ob es eine Doppel-Lunge ist oder bloß eine. Chirurg Mayer sagt, derzeit werde sein Team in deutschen Kliniken meist neutral oder sogar unfreundlich empfangen. Ganz anders als in anderen europäischen Ländern, wo alles getan wird, damit er schnell zur Lunge kommt. Die Mayers sagen, auch Klinikpersonal sei ja nur der Spiegel der Gesellschaft. Und die muss nach ihrer Meinung ihre Einstellung zur Organspende ändern. Obwohl sie sich fragen, wie das angesichts von Meldungen wie der aus Essen überhaupt gehen soll. Auch das war diese Woche eine Organspende-Schlagzeile aus Deutschland: Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen Transplantationschirurgen, der sechs Patienten Lebern eingesetzt haben soll, obwohl das medizinisch nicht notwendig war.

Konstantin Mayer kramt eine Plastiktüte hervor. Sie ist zerknittert, Mayer bewahrt sie seit Jahren auf. Der Arzt streicht sie auf dem Tisch glatt: eine spanische Supermarkttüte mit aufgedruckter Organspende-Werbung. Er fände es großartig, wenn Organspende in Deutschland so selbstverständlich wäre, dass es das hier auch gäbe.

Eine Widerspruchslösung wie in Spanien und 21 weiteren europäischen Ländern fänden die Mayers gut, weil dann mehr Lungen zur Auswahl stünden. Lungen sind nämlich am schwierigsten zu bekommen. Nach einem Wiederbelebungsvorhaben kann Mageninhalt drin sein, oder sie ist voller Eiter. Jetzt gibt es oft bloß die Wahl: die oder keine. Auch wenn eine junge Frau dann die nicht mehr besonders gute Lunge eines Alten kriegt. Eine Kompromisslunge, sagt Chirurg Mayer, die wir früher nicht genommen hätten.

Viele in Politik und Medizin haben Spahn diese Woche zugestimmt. Auch die Bundeskanzlerin hegt „große Sympathie“ für die Widerspruchslösung. Montgomery sagt, ihn habe das Wort eines spanischen Bischofs beeindruckt, der die Organspende vor Jahren einen „Akt größter Menschlichkeit“ nannte. Aber können wir die Bereitschaft zu diesem Akt für alle voraussetzen? Wer widerspricht, weil er ohne Geräte sterben will und mit allen seinen Organen bestattet werden möchte, ist ja nicht unbedingt ein schlechterer Mensch. Montgomery sagt, auf die gesellschaftliche Debatte auch mit den Kirchen in Deutschland sei er gespannt.

Durch das schöne Höllental

Eine einst bedeutende Bahnverbindung harrt ihrer Wiederbelebung. Thüringen ist dafür, Bayern dagegen. Und die Bahn?

Von Stefan Locke

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sind alle einst unterbrochenen wichtigen Straßen- und Schienenverbindungen wieder hergestellt. Fast alle, eine nicht: die Höllentalbahn. Die knapp sechs Kilometer lange Bahnlinie zwischen Blankenstein in Thüringen und Marxgrün in Bayern war einst eine Kurze, aber für den regionalen Personen- und den internationalen Güterverkehr bedeutende Verbindung zwischen den beiden Freistaaten. Und sie führte durch das malerische Höllental. Früher ging die Reise über zahlreiche Brücken und durch Tunnel, das allein lohnte schon. Vor hundert Jahren beför-

derte die Bahn Pendler und Sommerfrischler aus Thüringen nach Franken und umgekehrt.

Und die Strecke verband die Region wirtschaftlich. Ein Mineralwasserproduzent im oberfränkischen Naila und eine Papierfabrik im südthüringischen Blankenstein gehörten zu einer Eigentümerfamilie. Die nutzten die Bahn, um einerseits Rohstoffe heranzuholen, andererseits ihre Erzeugnisse per Bahn abzutransportieren. Nach der Teilung verloren beide Firmen Lieferanten und Abnehmer. Und während vor dem Krieg noch geplant wurde, die Strecke auszubauen, fiel sie nach 1945 in den Dornröschenschlaf. Die Bahnbrücke in Blankenstein verschwand, weil sie im DDR-Grenzstreifen lag. Bis 1972 rollten noch einige Züge auf dem fränkischen Teil, später wurden auch dort die Gleise abgebaut, einige der Bahnhöfe abgerissen. So sieht es noch heute aus.

Aber die Bahnstrecke wurde nie entwidmet – wie alle durch die Teilung unterbrochenen Verkehrsverbindungen. Das heißt, ein neues und lange währendes Planfeststellungsverfahren wäre nicht notwendig, vielmehr könnte die Strecke sofort wieder in stand gesetzt werden. Passiert ist seit 1990 nichts. Dann

zog Bodo Ramelow, der Linken-Politiker, in die Thüringer Staatskanzlei ein. Er machte die Bahnstrecke zur Chefsache. „Da wächst zusammen, was zusammengehört“, schrieb Bodo Ramelow im Frühjahr an seinen bayerischen Kollegen Markus Söder. Und es könnten „die Schönheit Ihres Bundeslandes mit dem Wasserreichtum des Thüringer Meers exzellent verbunden werden“. Viele Menschen aus der Gegend um Hof fahren zu Ausflügen zur nahen Bleilochtalsperre in Thüringen, Deutschlands größtem Stausee. Thüringer wiederum kommen gern nach Bayern. Aber mit dem Zug werden hier selbst kurze Strecken zu Tagesreisen. Von Blankenstein nach Hof dauert es fast vier, nach Bad Steben viereinhalb und von dort nach Saalfeld mehr als drei Stunden. Mit der Höllentalbahn wäre es nur noch eine halbe Stunde.

Der Güterverkehr hätte auch etwas davon. Eine Zellstofffabrik und ein Sägewerk in Blankenstein brauchen Holz, längst lässt sich der Bedarf nicht mehr aus einheimischen Wäldern decken. Derzeit kommt das Holz auf Lkw, die sich auf Umwegen über enge Gebirgsstraßen quälen, durch Städte und Gemeinden in Oberfranken und Südthüringen. Dutz-

ende Mitarbeiter beider Werke pendeln zwischen Bayern und Thüringen. „Und das alles nur, weil auf der kürzesten Verbindung durch das Höllental sechs Kilometer Schiene fehlen“, sagt Fritz Sell. Der Franke kämpft mit einem Verein der Bahnenthusiasten seit zwanzig Jahren für die Wiederbelebung der Strecke. Ihm leuchten die Vorteile ein. Andere sehen das Vorhaben kritisch. Das größte Hindernis ist der Föderalismus. „Läge die Strecke nur in einem Bundesland, wäre der Fall längst erledigt“, meint Sell. So aber scheint Thüringen den größeren Nutzen aus dem Wiederaufbau zu ziehen, während der größte Teil der Strecke in Bayern liegt. In den Höllental-Gemeinden gibt es Widerstand von Anwohnern, die Lärm und Staub fürchten, sollte es die Bahn wieder geben. Auch ist das Tal heute ein Naturschutzgebiet, was eine Umweltverträglichkeitsprüfung voraussetzt, ehe wieder Züge fahren könnten. Die Befürworter der Strecke sprechen von einer „maßvollen Belastung“ der Anwohner. Die gegenwärtigen Holz-mengen bedeuteten täglich drei Güterzüge, hat Sell errechnen lassen.

Ramelow warb deshalb in seinem Brief an Söder für „eine ganzheitliche Be-

ANZEIGE



trachtung von Ökologie und Ökonomie“. „Die Entlastung einer weitaus größeren Zahl an Bürgern von Lkw-Verkehr stellt einen echten Mehrwert für den gesamten Großraum Franken dar.“ Ramelow zufolge hat Söder Thüringen Anfang Juli eine „ergebnisoffene Prüfung“ des Projekts zugesagt. Die aber ging wohl negativ aus. Grundsätzlich habe man der Streckenreaktivierung aufge-

schlossen gegenüberstanden, erklärt ein Sprecher des bayerischen Verkehrsministeriums. „Allerdings ergab eine Prüfung, dass dieses Projekt nur schwer zu verwirklichen sein dürfte“, da „seitens der DB Netz AG leider keinerlei Interesse“ bestehe, die Bahnlinie zu betreiben. Darüber hinaus sei eine Zahl von fünfhundert Fahrgästen pro Tag zu gering, um eine Wiederherstellung der Strecke durch das Land Bayern zu fördern.

Fragt man allerdings die Deutsche Bahn, ist das Gegenteil zu hören. Das Unternehmen verweist auf einen Brief von Bahnchef Richard Lutz an die Thüringer Staatskanzlei, wonach „seitens der DB keine Einwände gegen eine wirtschaftlich tragfähige und nachhaltig nutzbringende Reaktivierung der Höllentalbahn bestehen“. Fritz Sell sagt: Dass das Thema bei der Bahn jetzt zumindest in der Führung angekommen zu sein scheint, sei ja schon mal ein Fortschritt. Er verweist außerdem auf das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 die Zahl der Bahnnutzer zu verdoppeln und deutlich mehr Güterverkehr auf der Schiene zu transportieren. „Im Höllental könnten wir so viele Güter auf kürzester Strecke auf die Schiene bringen wie nirgendwo sonst in Deutschland“, sagt er. Und das „zu moderaten Preisen“. Dreißig Millionen Euro würde die Wiederbelebung kosten, ergab ein Gutachten für den Verein. Sell sagt: „Das ist ungefähr die Größenordnung einer Ortsumgehung.“